



Peter Lüscher, lic. iur.
Geschäftsführer der AIHK, Aarau

Geniessen Sie die Sommerzeit

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Generalversammlung der AIHK ist bereits Geschichte. Herzlichen Dank für Ihren Besuch und für die guten Gespräche, die wir bei dieser Gelegenheit mit Ihnen pflegen durften. Ich hoffe, Sie konnten den Anlass wie die mehr als 450 anderen Gäste geniessen und bei dieser Gelegenheit auch auf einen schönen Sommer anstossen. Gerne berichten wir auf den folgenden Seiten über unseren grössten Netzwerkanlass – als Erinnerung für die Teilnehmenden und als Anreiz für die Abwesenden, nächstes Jahr auch dabei zu sein. Abgerundet wird dieses Heft mit einem Überblick über die Begrenzungs- und die Transparenz-Initiative.

Nach dem Aarauder Maienzug Anfang Juli läuft der Politikbetrieb etwas ruhiger. Die Sommersession in Bern ist vorbei, der

Grosse Rat in Aarau tagt erst Ende August wieder. Ab dann befasst sich dieser intensiv mit der Steuergesetzrevision zur Umsetzung der SV17/STAF, mit der Energiegesetzrevision sowie dem Aufgaben- und Finanzplan 2020-23. Allfällige Referendumsabstimmungen zu den beiden revidierten Gesetzen würden dann aber erst 2020 stattfinden. Die Ersatzwahl in den Regierungsrat und vor allem die Wahlen in den Ständerat und in den Nationalrat werden im Herbst Plakatwände füllen und – zusammen mit verschiedenen heissen Themen auf Bundesebene – die politische Debatte prägen. Wir führen die wirtschaftspolitische Arbeit unverdrossen weiter. Herzlichen Dank für Ihr Engagement für wirtschaftsverträgliche Lösungen.

Viel Spass beim Lesen und einen schönen Sommer.

Jetzt müssen wir zusammenstehen!

Im Trafo Baden konnte Präsidentin Marianne Wildi, am Donnerstag, 6. Juni, mehr als 450 Mitglieder und Gäste zur 44. ordentlichen Generalversammlung der Aargauischen Industrie- und Handelskammer begrüßen. Mit Blick auf die nationalen Wahlen vom Herbst rief Wildi die anwesenden Unternehmerinnen und Unternehmer sowie weitere Verantwortungsträger der Aargauer Wirtschaft zum aktiven Mitwirken in Politik und Gesellschaft auf. > [Seite 50](#)

Begrenzungs- und Transparenz-Initiative sind hängig

Nachdem die Abstimmungen zur AHV-Steuerreform und zum revidierten Waffenrecht im Mai vom Stimmvolk klar angenommen wurden, geht es nun mit grossen Schritten auf die eidgenössischen Wahlen zu. Dabei geht leicht vergessen, dass auf eidgenössischer Ebene weitere Initiativen hängig sind. Im Beitrag in dieser Ausgabe stellen wir zwei davon vor. Der Kammervorstand wird sich zu gegebener Zeit dazu äussern. > [Seite 54](#)

Ständeratswahlen: AIHK empfiehlt zwei aus drei

Der AIHK-Vorstand beschloss im Frühjahr, die drei Ständeratskandidierenden aus den bürgerlichen Regierungsparteien zu unterstützen. Anlässlich der AIHK Generalversammlung wurden Marianne Binder, Thierry Burkart und Hansjörg Knecht den Anwesenden dann etwas nähergebracht. Den Videoclip mit den Kurzinterviews der drei Kandidierenden finden Sie unter www.aihk.ch/wahlen – die zentralen Aussagen daraus können Sie hier nachlesen. > [Seite 56](#)

GENERALVERSAMMLUNG 2019

Zum ersten Mal im Trafo Baden



Mehr als 450 Mitglieder und Gäste fanden sich zur diesjährigen Generalversammlung der AIHK ein, die zum ersten Mal im Trafo Baden über die Bühne ging. Unter www.aihk.ch/gv können Sie den Netzwerkanlass noch einmal Revue passieren lassen – klicken Sie sich durch die Bildergalerie oder schauen Sie sich den Videoclip zur GV 2019 an.

Übrigens: Der Termin für die nächste GV steht und wir freuen uns, wenn Sie sich diesen bereits heute reservieren:

Donnerstag, 28. Mai 2020
16 bis 19.30 Uhr



44. Generalversammlung der AIHK
Begrüßungsrede der Präsidentin Marianne Wildi

Jetzt müssen wir zusammenstehen!

Im Trafo Baden konnte Präsidentin Marianne Wildi, am Donnerstag, 6. Juni, mehr als 450 Mitglieder und Gäste zur 44. ordentlichen Generalversammlung der Aargauischen Industrie- und Handelskammer begrüßen. Mit Blick auf die nationalen Wahlen vom Herbst rief Wildi die anwesenden Unternehmerinnen und Unternehmer sowie weitere Verantwortungsträger der Aargauer Wirtschaft zum aktiven Mitwirken in Politik und Gesellschaft auf.

«Ich freue mich, dass Sie alle da sind, und dass wir Ihnen einen Einblick in die Arbeit der AIHK bieten können.

Dass wir Wirtschaftsleute hier zusammenkommen und uns austauschen – das ist ein Anfang, eine Chance. Aber nur, wenn aus diesem Zusammenkommen eine echte Zusammenarbeit entsteht, bringt uns das auch wirklich Erfolg! Diese Zusammenarbeit, dieses echte Zusammenstehen – das steht für mich in diesem Jahr im Zentrum.

Wieder so eine Wirtschafts-Predigt, werden Sie jetzt vielleicht denken? Wieso so viel Drama, wenn es uns doch eigentlich gut geht?

Ein wirtschaftlich erfolgreiches Jahr

Tatsächlich, wir blicken auf ein wirtschaftlich erfolgreiches Jahr zurück! Auch wenn das Wachstum gegen Ende des Jahres stagnierte und die Export-

*«Die wichtigen Abstimmungen
gingen in unserem Sinne aus»*

Entwicklung im Aargau etwas weniger positiv verlief als im Schweizer Durchschnitt: Unsere Mitglieder, die Unternehmen im Kanton Aargau sind mit dem letzten Geschäftsjahr mehrheitlich zufrieden. Das hat die diesjährige Wirtschaftsumfrage der AIHK gezeigt.



Hoher Besuch: Regierungsrat Stephan Attiger, Staatschreiberin Vincenza Trivigno, Gastreferentin Valentina Kumpusch-Orsenigo und Landammann Urs Hofmann mit der AIHK-Präsidentin Marianne Wildi.

Auch die AIHK selbst ist gut unterwegs. Die Mitgliederzahl ist wiederum leicht angestiegen. Die Finanzen sind stabil. Und das neu zusammengesetzte Präsidium arbeitet gut zusammen. Und last but not least gibt es auch politisch beim Rückblick auf die letztjährigen Abstimmungen nichts zu jammern: Die für uns relevantesten Abstimmungen sind in unserem Sinne ausgefallen. Stichwort Millionärsteuer, Vollgeld- und Selbstbestimmungsinitiative. Aber ganz ehrlich, meine Damen und Herren – diese Abstimmungen waren für uns auch nicht die ganz grossen Herausforderungen. Die nächste grosse Herausforderung sind die Wahlen im Oktober!

Gute Ausgangslage für zwei Bürgerliche im Ständerat

Wir haben die Chance, dass der Kanton Aargau wieder von zwei Bürgerlichen im Ständerat repräsentiert wird. Und diese Chance sollten wir nutzen! Eben nicht nur, indem wir zusammenkommen und uns gegenseitig auf die Schultern klopfen, sondern indem wir echt zusammenarbeiten. Indem wir uns zusammenraufen, auch wenn wir nicht bei allen politischen Themen einer Meinung sind. Indem wir uns mit den befreundeten Organisationen absprechen. Mit offenem Visier. Und indem wir – wenn es dann notwendig ist – die persönlichen Interessen auch einmal hinter das eigentliche, gemeinsame Ziel stellen. Nur gemeinsam, nur, wenn die Wirtschaft mit einer Stimme spricht, können wir Erfolg haben!

Die Ausgangslage scheint mir nicht schlecht zu sein. Die AIHK ist der Überzeugung, dass drei gute Kandidaten aus dem bürgerlichen Lager für die Ständeratswahlen am Start stehen:

«Zusammenraufen, zusammenkommen, zusammenarbeiten»

Marianne Binder, Thierry Burkart und Hansjörg Knecht sind alle drei bestens ausgewiesen und bestens geeignet für dieses Amt. Die AIHK empfiehlt diese Kandidaten zur Wahl. Wir sind überzeugt, zwei Aargauer Ständeräte aus diesem Kreis sind für unseren



Über 450 Mitglieder und Gäste nahmen an der 44. ordentlichen GV der AIHK teil – zum ersten Mal fand der Anlass im Trafo Baden statt. (Bilder: SU Productions)

Kanton und unsere Wirtschaft die beste Lösung!

Wenn wir Ihnen schon drei Kandidaten für zwei Sitze empfehlen, dann möchten wir Ihnen auch die Chance geben, unsere bürgerliche Kandidatin und unsere bürgerlichen Kandidaten noch besser kennen zu lernen. Wir haben sie kurz interviewt. Drei Fragen für drei Kandidaten. Die gleichen für

uns relevanten Fragen an alle drei. Das gleiche Zeitlimit für die entsprechenden Antworten. Sie können sich Ihr Bild machen – bitte schön! [Anm. d. Red.: Einen Auszug aus den Interviews finden Sie in gedruckter Form hinten auf der letzten Seite; den Film dazu können Sie sich auf unserer Webseite www.aihk.ch/wahlen ansehen.]

An der Glaubwürdigkeit arbeiten

Ich bin überzeugt von unseren bürgerlichen Kandidaten! Nutzen wir die Chance für zwei bürgerliche Sitze im Ständerat. Raufen wir uns zusammen, für das richtige Ergebnis im ersten und – falls nötig – dann vor allem auch im zweiten Wahlgang.

Natürlich wird sich die AIHK auch zu den Nationalratswahlen äussern und positionieren – dies allerdings zu einem späteren Zeitpunkt. Jetzt geht es darum, die Weichen für die Ständeratswahlen zu stellen.

Was können Sie als Wirtschaftsvertreter, was können wir als Wirtschaftsverband für unsere Kandidaten tun? Ich glaube, das Beste ist es, offen und ehrlich an unserer Glaubwürdigkeit zu arbeiten – und uns intern nicht zu verzetteln. Das gibt unserer Wahlempfehlung Kraft. Einfach das gleiche Lied zu singen, aber dazu unterschiedliche

UND WAS DENKEN SIE?

Wie hat Ihnen die GV der AIHK gefallen?

Liebe Leserinnen und Leser, geschätzte Mitgliedunternehmen

Die 44. ordentlichen AIHK-Generalversammlung ist bereits wieder Geschichte ... Wie hat Ihnen der Netzwerkanlass im Trafo Baden gefallen? Schreiben Sie uns – wir freuen uns über Ihre Kritik.

Auch wenn es sonst etwas gibt, das Sie schon lange einmal sagen wollten – eine Anregung, eine Idee, ein Argument für die nächste Abstimmung ... Zögern Sie nicht länger, sondern lassen Sie uns Ihre Meinung per E-Mail an info@aihk.ch zukommen.

Ihre AIHK-Geschäftsstelle

GASTREFERENTIN

Valentina Kumpusch-Orsenigo

Mit ihrem Gastreferat «(Fachwissen + Management) × politisches Finger-spitzengefühl = Erfolgsformel zum Umsetzen komplexer Bauvorhaben» beeindruckte die Tessiner ETH-Ingenieurin die Anwesenden.

Sie ist als Grossprojektleiterin für den Bau der zweiten Röhre des Gotthardstrassentunnels verantwortlich und meistert die Aufgabe kompetent.



IN EIGENER SACHE

Erfolgreich inserieren – ein Angebot für unsere Mitglieder

marktplatz-aihk.ch

MENÜ



AIHK > Marktplatz

Schon gewusst? Den AIHK-Mitgliedunternehmen steht zusätzlich zum breiten Dienstleistungsfächer ein weiteres Angebot zur Verfügung: Dank der Kooperation zwischen der AIHK und den beiden Online-Plattformen myjob.ch sowie immoscout24.ch profitieren AIHK-Mitglieder beim Inserieren von Stellen und Immobilien von attraktiven Konditionen und einer grossen Reichweite.

Darüber hinaus können unsere Mitglieder auch das digitale Netzwerk der AIHK nutzen: Unter marktplatz-aihk.ch können sie eigene Veranstaltungen und Seminare unentgeltlich ankündigen und bewerben.

Mehr Informationen zum Angebot unter marktplatz-aihk.ch



Stellvertretend für über 1800 Mitgliedunternehmen: Marianne Wildi im Gespräch mit Urs Hofmeier von der Schweizer Salinen AG (eines der ältesten AIHK-Mitglieder) und Michael Romer von der aatest Romer GmbH (jüngstes AIHK-Mitglied).

Melodien zu spielen, das funktioniert nicht mehr. Die Unternehmenssteuer-Abstimmungen vor zwei Jahren (Ablehnung der USR III) und letzten Monat (klare Zustimmung zu STAF) haben gezeigt, dass das oberflächliche Zusammengehen der bürgerlichen Kräfte nicht ausreicht. Nur wenn wir – wie 2019 – gut zusammenarbeiten, können wir das Stimmvolk gewinnen.

Skepsis ernst nehmen, aber keine Ängste schüren

Wir müssen ernst nehmen, dass es Skepsis gegenüber der Globalisierung gibt. Gleichzeitig müssen wir aufpassen, dass wir nicht übertriebene Ängste schüren. Wir müssen akzeptieren, dass

«Einen glaubwürdigen Mittelweg finden»

die politischen Anliegen der grossen, multinationalen Konzerne manchmal anders aussehen, als diejenigen der binnenwirtschaftlich ausgerichteten Firmen. Auch hier müssen wir den glaubwürdigen Mittelweg finden.

«Zusammenstehen» heisst für mich hier, gegenseitiges Verständnis zu haben und auf gewisse Extreme zu verzichten. Und wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass es tatsächlich eine gewisse Entfremdung zwischen

Eliten und einem Teil der übrigen Gesellschaft gibt. Jede Kaderperson, die sich in der Zivilgesellschaft engagiert, hilft diesen Graben zuzuschütten. Auch das ist eine Form des Zusammenstehens!

Anstrengungen und Erfolge auch aufzeigen!

Lassen Sie uns bürgerliche Kräfte also nicht nur zusammenkommen, sondern lassen Sie uns echt zusammenstehen! Lassen Sie uns dabei falls nötig auch einmal über den eigenen Schatten springen! Lassen Sie uns Skepsis ernst

nehmen, Gräben zuschütten und Vertrauen gewinnen! So, dass wir das Beste tun für unseren Kanton, für unsere Wirtschaft – und, durch die Kraft unserer Stimme, auch für unsere bürgerlichen Kandidatinnen und Kandidaten bei den Wahlen im Herbst! Zusammenstehen müssen wir auch für ein gutes Gelingen der laufenden Energiegesetzrevision. Zusätzlich ist es hier notwendig der Bevölkerung aufzuzeigen, was die Wirtschaft für die Senkung des Energieverbrauchs und

«AIHK-ZAHLENGEWITTER»

Unser Engagement für die Mitglieder im Jahr 2018

Auszug aus dem «Zahlengewitter», das an der Generalversammlung Auskunft über das vielseitige Wirken der AIHK im Dienst der Mitglieder gab:

- 49 Fachseminare, Firmenschulungen, Wirtschaftswochen, Anlässe der Regionalgruppen und HR-Netzwerke sowie Veranstaltungen zu Abstimmungen
- 21 600 Ursprungsbeglaubigungen
- 2010 Carnets A.T.A.
- 4400 Exportauskünfte
- 3450 Rechtsberatungen



32 Jahre bei der AIHK – davon 14 Jahre als Geschäftsleiter: Marianne Wildi bedankte sich bei Peter Lüscher, der Ende Jahr in den Ruhestand treten wird.



Nach dem ordentlichen Teil der gesellige Teil: Networking beim Apéro und Nachtessen.

damit auch für den Klimaschutz bereits seit Jahren erfolgreich tut. Scheuen wir uns nicht, unsere Anstrengungen und deren Resultate öffentlich zu machen! Die AIHK leistet dabei ihren Beitrag.

In diesem Sinne: Herzlichen Dank Ihnen allen für Ihr Engagement für unsere gemeinsamen Anliegen – und für Ihr Vertrauen in die Zusammenarbeit mit der AIHK. Vielen Dank!»

Letzte GV unter der Regie des aktuellen Geschäftsleiters

Im Anschluss an die Begrüssungsrede und den statutarischen Teil der Generalversammlung hatte AIHK-Präsidentin Marianne Wildi noch einen kleinen «Überfall» auf den nichtsahnenden Geschäftsleiter Peter Lüscher geplant.

Hintergrund: Ende Jahr wird Peter Lüscher auf eigenen Wunsch in den vorzeitigen Ruhestand treten. Nach 32 Jahren bei der AIHK, davon 14 Jahre als Geschäftsleiter, liess die Präsidentin ihre rechte Hand natürlich nicht so einfach ziehen ... Wildi würdigte das langjährige Wirken Lüschers und bedankte sich für seine ausserordentliche Loyalität. Sie überreichte ihm ein Bild der Aargauer Künstlerin Eva Foley Furrer, damit er auch nach seiner Kammerzeit noch ab und zu an die AIHK zurückdenken könne, und meinte mit einem Augenzwinkern, dass das sicher noch nicht die letzte Gelegenheit gewesen sei, bei der man sich für sein Schaffen bedankt habe.

Nachfolger von Peter Lüscher ist Beat Bechtold

Als Nachfolger für Peter Lüscher hat der AIHK-Vorstand Mitte Mai Beat Bechtold gewählt. Der 42-jährige Staatswissenschaftler ist derzeit als Geschäftsführer des Nuklearforums Schweiz in Olten tätig. Davor leitete Bechtold das Berner Büro einer internationalen PR-Agentur, war beim Eidgenössischen Finanzdepartement als stellvertretender Sektionschef tätig und baute an der Executive School der Universität St. Gallen (HSG) einen Weiterbildungskurs für Politiker auf. Er arbeitet sich ab Herbst in seine neue Tätigkeit ein und übernimmt sein Amt am 1. Januar 2020.

Beat Bechtold studierte an der Universität St. Gallen, ist verheiratet und hat zwei Söhne. Er ist in Mägenwil aufgewachsen und lebt mit seiner Familie in Birr.



Beat Bechtold, ab 1. Januar 2020 der neue AIHK-Geschäftsführer (Bild: zVg.)

VERLINKT & VERNETZT

Wertvolles Engagement der Unternehmen sichtbar machen

In Medien, Politik und Öffentlichkeit wird die Verantwortung von Schweizer Unternehmen im Ausland intensiv diskutiert. Oft wird dabei ausgeblendet, was die international tätigen Schweizer Firmen im Bereich der Menschenrechte, der Nachhaltigkeit und der gesellschaftlichen Entwicklung im Ausland bereits leisten.

Die neu lancierte Website «Verantwortung leben» porträtiert mit anschaulichen Beispielen das verantwortliche Handeln von Schweizer Unternehmen und wie sie die damit verbundenen Herausforderungen meistern. Über die Branchen hinweg und für alle Unternehmensgrössen.

www.verantwortung-leben.ch

NICHT VERPASSEN

Veranstaltung: Was macht die Aargauer Wirtschaft stark?

Geht es der Schweizer Exportindustrie gut, läuft es auch für Zulieferbetriebe und das lokale Gewerbe rund. Doch wie funktioniert das Zusammenspiel von lokal und global tätigen Unternehmen? Was verbindet einen grossen Life-Science Konzern mit einem Industriebetrieb und dem lokalen Gewerbe? Welche Rahmenbedingungen braucht es, damit die Aargauer Wirtschaft auch in Zukunft stark ist?

Zu diesem Thema organisiert die AIHK gemeinsam mit Interpharma einen spannenden Anlass. Am Montag, 19. August, 17.30 Uhr, diskutieren wir im KUK Aarau mit Gästen aus Industrie, Gewerbe, Politik und Wissenschaft die Chancen und Herausforderungen der Verflechtung von lokaler und globaler Wirtschaft. Der anschliessende Apéro bietet Gelegenheit, die Thematik lokal – global zu vertiefen.

Wir freuen uns über Ihre Anmeldung unter www.aihk.ch/lokalglobal



Andreas Rügger, MLaw
Juristischer Mitarbeiter der AIHK, Aarau

Begrenzungs- und Transparenz-Initiative sind hängig

Nachdem die Abstimmungen zur AHV-Steuervorlage und zum revidierten Waffenrecht im Mai vom Stimmvolk klar angenommen wurden, geht es nun mit grossen Schritten auf die eidgenössischen Wahlen zu. Dabei geht leicht vergessen, dass auf eidgenössischer Ebene weitere Initiativen hängig sind. Im vorliegenden Beitrag stellen wir zwei davon vor. Der Kammervorstand wird sich zu gegebener Zeit dazu äussern.

Die Schweizerische Volkspartei (SVP) hat gemeinsam mit der «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz» (AUNS) 2018 die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung» (kurz Begrenzungsinitiative) lanciert. Gemäss den Initianten liegt seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 die Nettozuwanderung bei jährlich zwischen 60 000 und 80 000 Personen. Die Initianten verweisen darauf, dass sich diese «unkontrollierte» Zuwanderung unter anderem negativ auf den Arbeits- und Wohnmarkt, den Verkehr und die Sozialhilfeeausgaben auswirke. Um Gegensteuer zu geben, soll die Schweiz deshalb die Zuwanderung wieder selbst steuern können und sich dabei an den wirtschaftlichen Bedürfnissen orientieren.

Initiative will Zuwanderungskontrolle

Geht es nach den Initianten, so soll in der Verfassung der Grundsatz verankert werden, wonach die Schweiz die Zuwanderung von Ausländern eigenständig regeln soll. Was heute bereits bei der Zuwanderung von Personen aus Nicht-EU/EFTA-Staaten der Fall ist, soll auch für Personen aus der EU wieder gelten.

Weiter sieht der Initiativtext vor, dass die Schweiz künftig keine neuen Völkerrechtsverträge abschliessen oder völkerrechtliche Verpflichtungen eingehen darf, die ausländischen Staatsbürgern eine Personenfreizügigkeit, also einen Anspruch auf Aufenthalt, Ausübung einer Erwerbstätigkeit oder Erbringen von Dienstleistungen in der

Schweiz sowie gleiche Lebens-, Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen wie für Inländer, einräumen. Ebenso sollen auch bestehende Verträge oder Verpflichtungen nicht im Widerspruch zur Initiative stehen. Last but not least, soll der Bundesrat dafür sorgen, dass das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU innert 12 Monaten nach Annahme der Initiative ausser Kraft gesetzt wird. Sollte dies nicht möglich sein, so müsste der Bundesrat das Abkommen innert 30 Tagen kündigen.

Bundesrat lehnt Begrenzungsinitiative ab

Wie der Bundesrat bereits im vergangenen November verlauten liess, lehnt er die Volksinitiative ohne Gegenentwurf entschieden ab. Nach Ansicht des Bundesrates würde bei Annahme der Vorlage der bilaterale Weg mit der EU grundlegend infrage gestellt, was zu Lasten der Schweizer Wirtschaft und Wissenschaft ginge. Zudem würde die einseitige Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens (FZA) dazu führen, dass die «bilateralen Verträge I» ebenfalls dahinfallen würden. Weiter ist der Bundesrat der Ansicht, dass die Schweizer Wirtschaft, gerade wegen der Alterung der Bevölkerung, zunehmend auf qualifizierte ausländische Arbeitskräfte angewiesen sei.

Bund fördert inländisches Arbeitskräftepotential

Anstelle das FZA zu kündigen, will der Bundesrat die Herausforderungen der Zuwanderung mit den bestehenden

Steuerungsmöglichkeiten angehen. Zusätzlich hat dieser Mitte Mai diverse, meist zeitlich befristete, Massnahmen zur noch besseren Förderung der inländischen Arbeitskräfte präsentiert. So sollen beispielsweise Arbeitnehmende ab dem 40. Altersjahr kostenlose Standortbestimmung, Potenzialanalyse und Laufbahnberatung erhalten. Für ältere Personen ohne Lehrabschluss soll zudem die Möglichkeit geschaffen werden, dass im Berufsalltag erworbene Fähigkeiten an einen möglichen Lehrabschluss angerechnet werden können. Weiter soll das Beratungsangebot der regionalen Arbeitsvermittlungszentren speziell für ältere Arbeitslose erweitert und verbessert werden. Für ausgesteuerte Personen über 60 Jahre soll zudem

«Anonyme Spenden wären verboten»

unter restriktiven Voraussetzungen eine sogenannte Überbrückungsrente geschaffen werden, sodass diese nicht mehr in der Sozialhilfe landen. Weiter sollen ausgesteuerte Personen über 60 Jahre leichter Zugang zu Bildungs- und Beschäftigungsmassnahmen erhalten. Eine weitere Massnahme betrifft die Integration von jungen Zuwanderern. Diese sollen neu, wie bisher junge Asylsuchende, die Möglichkeit haben, eine Integrationsvorlehre zu absolvieren. Darüber hinaus will der Bundesrat schwer vermittelbaren Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen die Eingliederung in den Arbeitsmarkt mittels Zuschüssen erleichtern.

Transparenz in der Politikfinanzierung

Bereits im Oktober 2017 reichte ein überparteiliches Komitee aus überwiegend linksgrünen Vertretern die Volksinitiative «Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung» (kurz Transparenz-Initiative) ein. Geht es nach den Initianten, so soll der Bund verpflichtet werden, Vorschriften zur Offenlegung der Finanzierung von politischen Parteien sowie von Kampagnen bei eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen zu erlassen. Konkret sollen die in der Bundesversammlung vertretenen Parteien dazu verpflichtet werden,

jährlich gegenüber der Bundeskanzlei ihre Bilanz und Erfolgsrechnung offenzulegen. Zusätzlich sollen diese die Herkunft sämtlicher Geld- und Sachspenden, die pro Spender jährlich höher als 10 000 Franken sind, offenlegen. Zuwendungen müssten jeweils einem Spender zugeordnet werden können. Die Annahme anonymer Spenden wäre demgegenüber verboten. Die Informationen müssten jährlich von der Bundeskanzlei veröffentlicht werden.

Auch Personen und Komitees, die im Hinblick auf eine Wahl in die Bundesversammlung oder auf eine eidgenössische Abstimmung mehr als 100 000 Franken investieren, müssten vor der entsprechenden Wahl oder Abstimmung gegenüber der Bundeskanzlei ihr Kampagnenbudget offenlegen. Nebst der Höhe der Eigenmittel, wären ebenfalls die Herkunft sämtlicher Zuwendungen, die pro Person 10 000 Franken überschreiten, offenzulegen. Anonyme Spenden wären verboten. Besagte Informationen müssten von der Bundeskanzlei veröffentlicht werden. Aus Sicht der Initianten soll die Vorlage sowohl die direkte Demokratie als auch die unabhängige Meinungsbildung sowie das Vertrauen in die Politik stärken. So sei es wichtig, dass die Stimmbürger bei ihrer Meinungsbildung wüssten, welche Interessengemeinschaften sich für welche politischen Interessen einsetzen und in welchem Umfang sich diese auch finanziell am Abstimmungs- oder Wahlkampf beteiligen würden.

Bundesrat lehnt Transparenz-Initiative ab

Der Bundesrat hat grundsätzlich Verständnis für das Anliegen. So gibt es bereits heute Kantone, welche entsprechende Transparenzregeln kennen. Er hält jedoch fest, dass die Vorlage zu wenig auf die Besonderheiten und die Komplexität des Schweizer Politiksystems, namentlich auf die direkte Demokratie, die Kollegialregierung und das Milizsystem, abgestimmt sei. Ausserdem stellt er in Frage, ob die aufgewendeten finanziellen Mittel wirklich einen erheblichen Einfluss auf die Wahl- und Abstimmungsergebnisse haben. Der Bundesrat gibt denn auch zu bedenken, dass die

Umsetzung der Vorlage schlussendlich einen erheblichen Bürokratieaufwand generieren würde und zudem relativ einfach umgangen werden könnte. Entsprechend lehnt der Bundesrat die Vorlage ohne Gegenvorschlag ab.

Gegentwurf will höhere Grenzwerte

Zwischenzeitlich hat sich auch die staatspolitische Kommission des Ständerates (SPK-S) mit der Vorlage beschäftigt und dabei einen indirekten Gegentwurf erstellt. Stark zusammengefasst sieht der unterdessen in die Vernehmlassung geschickte Entwurf vor, dass die in der Bundesversammlung vertretenen Parteien jährlich ihre Einnahmen – nicht jedoch ihre Bilanz und Erfolgsrechnung – sowie zusätzlich die Zuwendungen im Wert von mehr als 25 000 Franken pro Person und Jahr offenlegen müssen. Weiter ist auch eine gesetzliche Offenlegungspflicht für natürliche und juristische Personen sowie Personengesellschaften angedacht, wenn diese im Hinblick auf eine Wahl in den Nationalrat oder eine eidgenössische Abstimmung eine Kampagne führen oder auf Bundesebene Unterschriften für Volksinitiativen und Referenden sammeln und dafür mehr als 250 000 Franken aufwenden. Auch hier müssten alle Spenden im Wert von mehr als 25 000 Franken pro Person offengelegt werden. Neben den anonymen Spenden sollen auch Zuwendungen aus dem Ausland verboten werden, was sogar eine Verschärfung gegenüber der Initiative darstellt. Da die Kantone für die Wahl von Ständeräten zuständig sind, müssten gewählte Ständeräte erst nach ihrer Wahl ins Stöckli ihr Abstimmungsbudget offenlegen.

FAZIT

Die Begrenzungsinitiative stellt das Parlament und die Bevölkerung vor die Wahl, ob sie weiter den bilateralen Weg mit der EU gehen wollen oder nicht. Mit der Transparenz-Initiative und dem Gegenvorschlag kommt eine Vorlage ins Parlament, welche die Politiker direkt betrifft. Man darf gespannt sein, zu welchem Ergebnis die parlamentarischen Beratungen führen.

ZAHLEN & FAKTEN

Rund 7,9 Milliarden Arbeitsstunden im Jahr 2018

Gemäss aktuellen Zahlen des Bundesamts für Statistik wurden 2018 in der Schweiz 7,891 Milliarden Arbeitsstunden geleistet; das sind 0,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Dabei ist zu berücksichtigen, dass 2018 mehr Feiertage auf einen Werktag fielen als im Vorjahr. Ansonsten wäre das Arbeitsvolumen aufgrund der gestiegenen Beschäftigtenzahl (+1,1%) und der gesunkenen tatsächlichen wöchentlichen Arbeitszeit (-0,3%) stärker gewachsen (+0,8%).



VERLINKT & VERNETZT

Besuchen Sie uns auch auf Facebook

Die AIHK ist auch auf Facebook vertreten. Wir freuen uns auf Ihren Besuch und/oder Ihr «Like» unter www.aihk.ch/facebook



Über den nebenstehenden QR-Code gelangen Sie mit Ihrem Smartphone direkt auf unsere Facebook-Seite.

SCHLUSSPUNKT

«Über Qualität lässt sich trefflich streiten. Aber eins steht fest: Der Wurm muss dem Fisch schmecken, nicht dem Angler.»

Prof. Dr. Helmut Thoma, *1939, österreichischer Medienmanager, Gründer des ersten deutschen Privatfernsehsenders, RTL



Marianne Binder, Thierry Burkart und Hansjörg Knecht
im Direktvergleich

Ständeratswahlen: AIHK empfiehlt zwei aus drei

Der AIHK-Vorstand beschloss im Frühjahr, die drei Ständeratskandidierenden aus den bürgerlichen Regierungsparteien zu unterstützen. Anlässlich der AIHK Generalversammlung wurden Marianne Binder, Thierry Burkart und Hansjörg Knecht den Anwesenden dann etwas nähergebracht. Den Videoclip mit den Kurzinterviews der drei Kandidierenden finden Sie unter www.aihk.ch/wahlen – die zentralen Aussagen daraus können Sie hier nachlesen.

DIE FRAGEN

1. Was machen Sie für die stark exportorientierte Wirtschaft im Kanton Aargau?
2. Was unterscheidet Sie von den beiden anderen bürgerlichen Kandidaten?
3. Was könnten, würden und möchten Sie im Ständerat für den Kanton Aargau bewirken?

Marianne Binder-Keller, CVP, Baden

1. Ich setze klar auf den bilateralen Weg und auf dessen Weiterentwicklung – das ist ein Königsweg für die Schweiz. Wir haben damit Zugang zu einem Binnenmarkt von 500 Millionen Kundinnen und Kunden; das ist gerade für die Schweiz als Exportland, das zwei von drei Franken im Ausland verdient, sehr wichtig. Weiter setze ich mich auch dafür ein, den Fachkräftemangel zu entschärfen und dem Regulierungswahn entgegenzuwirken.
2. Abgesehen von den augenscheinlichen äusserlichen Merkmalen sind das sicher die unterschiedlichen Parteien. Dann unterscheidet uns vielleicht auch meine grosse Leidenschaft für das System Schweiz, die direkte Demokratie, das Konkordanzmodell, den Kampf gegen Blockaden. Ich glaube, unser Land ist nicht gemacht für ein Regierungs- und Oppositionssystem. Das Traditionsmodell Schweiz basiert vielmehr auf dem Miteinander-Reden und dem Miteinander-Lösungen-Finden – das ist

gut für unsere Wirtschaft, das ist gut für unsere Gesellschaft.

3. Für mich wäre es wichtig, unserem Kanton mit zu jener Bedeutung zu verhelfen, die er als grosser Raum zwischen Zürich, Basel und Bern verdient: als Forschungsstandort, als Wirtschaftsstandort, als Verkehrsraum und als schöner Lebensraum. Der Aargau ist meine Heimat und in seiner Vielfalt ein Abbild der Schweiz. Und der Zusammenfluss von Aare, Reuss und Limmat steht für mich auch ein bisschen für den Zusammenhalt unseres Landes.

Thierry Burkart, FDP, Baden

1. Sowohl das Gewerbe wie auch die grossen Firmen im Kanton Aargau sind sehr international ausgerichtet. Alleine mit Deutschland wickeln wir über 30 Prozent des gesamten Handelsvolumens ab. Das bedeutet erstens, dass wir Zugang zu den internationalen Märkten benötigen. Zweitens brauchen wir Zugang zu Fachkräften. Und drittens müssen wir Zugang zu Mobilität haben, verkehrstechnisch gut angebunden sein.
2. Marianne Binder ist energiegeladener, Hansjörg Knecht eher der stille Schaffer. Ich behaupte von mir selber, irgendwo dazwischen zu liegen. Ich würde mich – wie ich es in den letzten dreieinhalb Jahren als Nationalrat schon gemacht habe – für den Kanton Aargau einsetzen, indem ich sachlich politisiere, indem ich Vernetzungen nutze und indem ich Leute zusammenbringe, um Kompromisse zu schmieden.

3. Ich bin überzeugt, dass wir als Kanton Aargau in Bundesbern noch mehr rausholen könnten. Das erreichen wir dann, wenn wir mit anderen Kantonen zusammenarbeiten, unter anderem in der Nordwestschweiz als Verbund. So können wir stärker auftreten, so wie es andere Regionen schon erfolgreich machen. Ein besonderes Gewicht würde ich dabei auf Mobilität, gute Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft – Stichwort Bürokratieabbau – und auf die Stärkung des dualen Bildungssystems legen.

Hansjörg Knecht, SVP, Leibstadt

1. Als Unternehmer ist mir wichtig, dass die Angestellten ihre Zeit zum Arbeiten nutzen können und sie sie nicht für das Ausfüllen von unnötigen Formularen einsetzen müssen, dass der Gewinn wieder investiert werden kann und dass ich gute Beziehungen zu meinen Kunden pflegen kann. Deshalb setzte ich mich ein für weniger Bürokratie, für weniger hohe Steuern und Abgaben, aber auch für gute, stabile Beziehungen zum Ausland und das auf Augenhöhe unter gleichberechtigten Partnern.
2. Ich unterscheide mich von den beiden anderen dadurch, dass ich aktiver Unternehmer bin und weiss, was die Entscheidungen in Bundesbern bedeuten für die Unternehmen und die Aargauer Bevölkerung. Weiter bin ich auch unabhängiger Sachpolitiker, habe keine Konflikte mit «Parteiämtern» und bin einzig und alleine den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet. Und ich habe die längste politische Erfahrung und bringe damit gute Voraussetzungen mit, um mich für unseren Kanton wirkungsvoll einsetzen zu können.
3. Als Ständerat im Kanton Aargau würde ich mich vor allem für drei Bereiche einsetzen: erstens für einen ausgezeichneten Ausbau unseres Schienen- und Strassennetzes. Zweitens für eine sichere Stromversorgung. Und drittens für unseren Forschungs- und Innovationsplatz: hier müssen wir in Zukunft gemeinsam gute Lösungen erarbeiten, um die Herausforderungen – beispielsweise auch im Klimabereich – meistern zu können.